

**Cannabiskonsum und Cannabisprobleme:
Beobachtungen und Interventionen aus der Sicht von
Fachleuten aus den Bereichen Polizei, Justiz, Gesundheit,
Soziale Dienste, Schule und Ausbildung.
Ergebnisse aus Panelbefragungen.***

Frank ZOBEL, Sophie ARNAUD***, Françoise DUBOIS-ARBER****
Giang Ly ISENRING*******

Zusammenfassung

Eine Panelbefragung in vier Kantonen (St. Gallen, Zürich, Tessin und Waadt) bei Fachleuten aus den Bereichen der Justiz und Polizei einerseits, dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen andererseits zeigt die Diskrepanz auf, die zwischen dem geltenden schweizerischen Betäubungsmittelgesetz und der Realität der Berufsleute im Umgang mit Cannabisproblemen besteht. Der Bruch zwischen Gesetz und Wirklichkeit erschwert ein kohärentes Herangehen an die mit dem Cannabiskonsum verbundenen Probleme.

Der Konsum von Cannabis ist in der Schweiz innerhalb des letzten Jahrzehnts stark angestiegen. Im Jahre 2002 erklärten fast jede(r) zweite Schüler und Schülerin im Alter von 15 und 16 Jahren, bereits Cannabisprodukte gebraucht zu haben (Schmid et al., 2003). Bei den 16- bis 20-Jährigen gaben 12,7 Prozent der männlichen und 3,8 Prozent der weiblichen Jugendlichen einen täglichen Cannabiskonsum an (Narring et al., 2004). Die Anzahl der durch Cannabiskonsum bedingten Verzeigungen wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz erreichte im Jahr 2004 im täglichen Durchschnitt bereits etwa 100 Fälle.

Die Folgen dieser Entwicklung sind immer noch Gegenstand von Debatten (Cannabis Report 2002; Inserm, 2001; Arsenaault et al., 2002; Zammit et al., 2002; Roques, 1999; Rey, 2002; MacLeod et al., 2004; EKD, 1999; Müller et al., 2004; OEDT, 2004). Gewiss ist man sich bewusst, dass das Inhalieren von Cannabisrauch und der darin enthaltenen zusätzlichen Substanzen (Tabak, Zusatzstoffe, Filterpapier) als karzinogen gilt. Die psychoaktiven Wirkungen des Cannabis können zudem negative Konsequenzen auslösen bei Personen mit einer Prädisposition für gewisse psychische Erkrankungen (besonders psychotischen Charakters). Der Cannabiskonsum vermindert weiterhin die

* Übersetzung eines Artikels aus der Zeitschrift «dépendances», Nr. 27, S. 18-21, Dezember 05

** Projektleiter, Institut Universitaire de Médecine Sociale et Préventive (IUMSP, Lausanne)

*** Forschungsbeauftragte, IUMSP, Lausanne

**** Dr., Abteilungsleiterin, IUMSP, Lausanne

***** Doktorantin, Institut de Criminologie et de Droit Pénal (ICDP, Lausanne)

Fahrfähigkeit und erhöht deshalb das Risiko von Strassenverkehrsunfällen. Herrscht bei den erwähnten Beispielen problematischen Umgangs mit Cannabis weitgehend Konsensus über das Schadenspotenzial, so stellt sich die Lage bei anderen «Cannabisproblemen» durchaus anders dar. Ob Cannabisgebrauch einen Motivationsverlust und mangelnde schulische Leistungen bedingt, definitiv spezifische psychische Störungen auslöst und abhängig macht, ist in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten. Auch über die gesundheitlichen Folgen der hohen THC-Werte des in letzter Zeit auf dem Drogenmarkt gehandelten Cannabis ist offenbar noch nichts Genaues (King, 2004) bekannt.

Wenn es Aufgabe der WissenschaftlerInnen ist, weiter die Gesundheitsrisiken des Cannabiskonsums zu erforschen, müssen die Fachleute aus der Praxis, die mit den Jugendlichen in direktem Kontakt sind, ihrerseits die Probleme des Gebrauchs von Cannabisprodukten im Alltagsleben identifizieren und darauf angemessen reagieren. Die im Folgenden vorgestellte Studie hat deshalb in erster Linie die Praxiserfahrungen derjenigen zum Gegenstand, die sich durch ihre berufliche Tätigkeit konkret mit der Cannabisproblematik auseinandersetzen.

Methode

Die Forschungsarbeit ist Teil eines vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) finanzierten Projektes mit dem Titel «Nationales Monitoring der Cannabisproblematik», das zusätzlich eine telefonische Befragung junger Leute im Alter von 13 bis 29 Jahren und zwei Studien zum Cannabismarkt umfasst. Fünf Forschungsinstitute sind an diesem Projekt beteiligt¹.

Die hier vorgestellte Untersuchung erstreckt sich über vier Kantone mit «Beobachtungsstatus» (St.Gallen, Zürich, Tessin und Waadt), welche die Verschiedenheit der Schweizer Kantone widerspiegeln sollen. In jedem Untersuchungskanton wurden Befragungsgruppen (Panels) mit Fachleuten aus drei Berufsfeldern gebildet, die bei ihrer Tätigkeit mit Cannabisproblemen in Berührung kommen:

- Gesundheits- und Sozialbereich
- Schule und berufliche Ausbildung
- Polizei und Justiz

Jedes Panel umfasste 10 bis 15 Teilnehmende (5 bis 7 Personen für den Bereich Polizei und Justiz), ausgesucht nach den Kriterien Beruf, berufliche Stellung, Typ der Institution und deren Lokalisierung im Kanton. Nach diesem Auswahlverfahren haben sich zwischen Ende 2004 und Anfang 2005 zwölf Panels für jeweils einen Tag zur Reflektion über die Untersuchungsthematik getroffen. Der Ablauf der Diskussionen geschah in zwei Blöcken: Zum einen ging es um die «Situation», d.h. den Cannabiskonsum und die damit verbundenen Probleme; zum anderen wurden die Reaktionen und institutionellen Antworten in Form der praktizierten Interventionen und Massnahmen diskutiert. Jeder Teilnehmende hatte in einer ersten Runde Gelegenheit, seine

¹Institut Universitaire de Médecine Sociale et Préventive (IUMSP, Lausanne), Institut de Criminologie et de Droit Pénal (ICDP, Lausanne), Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA, Lausanne), Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF, Zürich), Institut für Begleit- und Sozialforschung (IBSF, Zürich)

Daten und Beobachtungen zu präsentieren, bevor dann in einem zweiten Durchgang die gesamte Gruppe die vorgestellten Sachverhalte diskutierte.

Cannabiskonsum und Konsumverzeigungen in den untersuchten Kantonen

Die hier nicht weiter behandelten Ergebnisse der telefonischen Befragung dieses Projektes zum Cannabiskonsum (Neuenschwander et al., 2005) sowie andere Studien zur Thematik (Vgl. Schmid et al., 2003; Narring et al., 2002; OFS, 2003) und die Polizeistatistiken (OFS, 2004) lassen einige Unterschiede zwischen den Kantonen hinsichtlich Cannabiskonsum und der polizeilichen Verfolgungspraktiken erkennen:

- Der Kanton Tessin weist die geringste Konsumprävalenz beim Cannabiskonsum auf. Auch die Verzeigungsrate für Cannabiskonsumdelikte pro Einwohner zählt zu den niedrigsten in der Schweiz.
- Der Kanton St.Gallen liegt bei den Prävalenzraten des Konsums dicht beim gesamtschweizerischen Durchschnitt. Bei der Repression ergibt sich eine der niedrigsten Verzeigungsraten im Lande.
- Das Waadtland hat systematisch höhere Konsumprävalenzen beim Cannabis als der Durchschnitt der Kantone. Bei den Verzeigungen wegen Cannabiskonsum liegt Waadt bei den vier untersuchten Kantonen an der Spitze und höher als der schweizerische Durchschnitt.
- Im Kanton Zürich wird vergleichsweise am meisten Cannabis konsumiert. Die Verzeigungsrate ist ebenfalls hoch und liegt über dem nationalen Mittel.

Die Unterschiede zwischen den Kantonen können beträchtlich sein. So geben beispielsweise doppelt so viele junge ZürcherInnen im Alter zwischen 13 und 29 Jahren (12,7 Prozent) wie gleichaltrige TessinerInnen (6,5 Prozent) an, innerhalb der letzten 30 Tage Cannabis gebraucht zu haben. Ähnliche Differenzen bestehen bei den Verzeigungsraten wegen Cannabiskonsum: Im Jahre 2004 lag diese im Kanton Waadt dreimal höher (7,4 Fälle pro 1000 Einwohner) als im Kanton St.Gallen (2,6).

Ergebnisse der Panels

Polizei und Justiz

Die Vertreter der Polizei und Justiz gaben an, ihre Verfolgungsaktivitäten hauptsächlich auf den Cannabismarkt (Anbau und Verkauf) zu richten. Erwähnt wurden auch gewisse Situationen, in denen explizit der Cannabiskonsum verfolgt wurde, wie etwa in den Zügen im Kanton Zürich oder anlässlich von Musikfestivals im Kanton Waadt. Diese Praktiken könnten die höheren Verzeigungsraten in den entsprechenden Kantonen erklären. Am anderen Ende der polizeilichen Massnahmen findet sich das Polizeireglement im Kanton St. Gallen, nach dem Cannabiskonsum nicht mehr per Verzeigung strafrechtlich verfolgt, sondern durch eine Geldstrafe gebüsst wird. Diese be-

sondere Massnahme wird bei Cannabisdelikten im Jugendalter (ab 15 Jahre) angewendet, soweit es sich um Erstdelikte handelt, die Cannabismenge 5 Gramm nicht überschreitet und keine weiteren Straftaten begangen wurden.

Bei der Beschreibung der gegenwärtigen Marktsituation beobachten die PanelteilnehmerInnen zwei Tendenzen: einerseits die weiter bestehende Trennung des Cannabismarktes von anderen Drogenmärkten (Heroin, Kokain), und andererseits ein erneutes Abtauchen des Cannabishandels in dunklere Kanäle (Gasse, Privatwohnungen, Läden etc.) als Folge des Nichteintretens des Nationalrates auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes bzw. einer stärkeren Repression gegen die Hersteller und Händler von Hanfprodukten. Diese Tendenz zu einer strikteren Durchsetzung bestehender Gesetze war bereits vom Kanton Tessin vorweg genommen worden, als die dortige Regierung sich nach einer längeren Periode des Nichthandelns im Jahre 2003 dazu entschloss, schärfer gegen die Angebotsseite des Cannabis (besonders die Hanfläden) vorzugehen. Die Rückkehr des Cannabismarktes in den Untergrund wird jedoch von den Fachleuten mit einem gewissen Unbehagen betrachtet, da sie eine mögliche Aufhebung der Markttrennung befürchten.

Die Praktiken von Polizei und Justiz hinsichtlich des Cannabisgebrauchs variieren je nach Kanton. Im Tessin wurde ein gesetzliches, polizeiliches und juristisches Arsenal an Bestimmungen und Massnahmen entwickelt, um den sichtbaren Drogenmarkt für Cannabis zu unterdrücken. In den Kantonen Zürich und St. Gallen richteten sich die Aktivitäten vor allem gegen die Hanfläden, insbesondere auch um deren Vermehrung zu stoppen. In St. Gallen verhindert etwa eine neu eingeführte Bestimmung, dass Personen, die bereits wegen Cannabis-handelsdelikten verurteilt worden sind, erneut einen Hanfladen führen können, selbst wenn im neu eröffneten Geschäft nur mit legalen Hanfprodukten gehandelt werden soll. Der Kanton Waadt scheint seine Verfolgungsaktivitäten mehr auf den Anbau von Cannabis als auf die Hanfläden zu richten.

Als notwendige Voraussetzung für eine effizientere Bekämpfung des Cannabismarktes in der Schweiz bedarf es nach Ansicht der PanelteilnehmerInnen aus den Bereichen Polizei und Justiz dreierlei:

- Die Einführung einer Gesetzgebung, die für Cannabisdelikte strengere Sanktionen und höhere Geldstrafen vorsieht und es auch ermöglicht, bisher unbehelligte Personen (Immobilienbesitzer, Geschäftsführer usw.) einer Strafverfolgung auszusetzen.
- Eine verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.
- Praktische Regelungen wie z.B. im Bereich der Lagerung der beschlagnahmten Hanfernten.

Gesundheits- und Sozialdienste, Schule und Berufsbildung

Die Panels aus dem Gesundheits-/Sozialbereichen bzw. dem Bildungssektor konstatierten ähnliche Beobachtungen und gaben vergleichbare Einschätzungen der Lage zur Cannabisproblematik ab. Einig war man sich unter den Fachleuten zum Beispiel über die leichte Zugänglichkeit zum Drogenhanf, über die Tatsache des immer früheren Einstiegs in den Cannabiskonsum und über die hohe soziale Akzeptanz, die Drogenhanf heute besitzt. Festgestellt wurde auch, dass die grosse Mehrheit der Konsumierenden einen begrenzten und kontrollierten Gebrauch von Cannabis an den Tag legt, eine nicht zu unterschätzende Minder-

heit junger Menschen aber einen intensiveren problematischen Konsum von Drogenhanf betreibt. Die Panelteilnehmenden konstatieren sonst auch Parallelen zwischen dem Cannabis- und dem Alkoholgebrauch, die beide seit einer gewissen Zeit ansteigen.

Die GesprächsteilnehmerInnen sehen wenig Probleme, die spezifisch dem Cannabiskonsum zuzuschreiben wären. Werden Schwierigkeiten konstatiert, handelt es sich meistens um bereits problematische familiäre, schulische und/oder soziale Situationen, die durch den Cannabiskonsum sowohl sichtbarer als auch verschlechtert werden.

Vertreter der Psychiatrie konstatieren jedoch einen Cannabisgebrauch bei einem hohen Anteil behandelter psychotischer Patientinnen und Patienten und sie sehen darin einen zusätzlichen Risikofaktor für eine frühzeitige Auslösung von Psychosen bzw. ein erhöhtes Rückfallrisiko. Auch Fälle einer Cannabisabhängigkeit sind von Panelteilnehmerinnen und –teilnehmern aus der Psychiatrie und der Schulmedizin bemerkt worden, wenn auch eher selten.

Die Cannabiskonsumierenden nehmen aus der Sicht der Fachleute die an sie gerichteten Angebote der Gesundheits- und Sozialdienste nur selten wahr. Oft sind die Klientinnen und Klienten dieser Beratungs- und Hilfestellen durch die Justiz oder von den Eltern unter Druck gesetzt worden, die Angebote in Anspruch zu nehmen. Gerade Eltern sind offenbar besonders besorgt über den Cannabiskonsum ihres Nachwuchses und sehen sich selten in der Lage, die damit verbundenen Gefahren entsprechend einzuschätzen. Fachleute sind dann oft gehalten, einerseits die ihren Konsum unterschätzenden Jugendlichen und andererseits die den Cannabisgebrauch ihrer Kinder dramatisierenden Eltern aufzuklären.

Die Erfüllung des Leistungsauftrages allgemein- und berufsbildender Schulen könnte durch die Anwesenheit unter Cannabiseinfluss stehender Jugendlicher im Unterricht und in der Berufslehre in Frage gestellt sein. Die Lehrpersonen halten diese Gefahr allerdings für begrenzt, da die Schulen und auch einige Ausbildungsstätten bereits Massnahmen (Reglement, Charta) getroffen haben, um den Cannabiskonsum auf ihren jeweiligen Arealen zu verhüten. Das verhindert zwar den Cannabiskonsum der Schüler vor dem Unterricht nicht, doch insgesamt sind wirklich problematische Fälle selten, und die Schulsozialdienste, die psychologische Beratung und die Schulmedizin sind hier bereit einzugreifen.

Die Reaktionen und Antworten auf die Cannabisproblematik werden oft im Rahmen der präventiven Strategien beim Umgang mit Alkohol, Tabak und anderen illegalen Drogen entwickelt. Es bestehen jedoch einige zusätzliche substanzspezifische Interventionen (Telefon-Help-Line, Broschüren). Zu beobachten ist ebenfalls eine bessere Zusammenarbeit zwischen Institutionen der Jugendgerichtsbarkeit und Präventionseinrichtungen. Die Hauptforderung der Fachleute ist diejenige nach Klarheit der Vorgaben und des Handelns auf der politischen und gesetzlichen Ebene. Unklarheit und Widersprüchlichkeit entsteht nach Ansicht der Panelteilnehmenden vor allem aus dem vorhandenen Graben zwischen Gesetz und Realität. Hinsichtlich der gewünschten Ideallösungen sind die Meinungen gespalten zwischen einer eindeutigen Anwendung bestehender Verbotsgesetze und einer Strafbefreiung des Cannabiskonsums. Gewünscht werden ebenfalls fundierte Informationen über die Wirkungen und Risiken des Cannabisgebrauchs, insbesondere über die Folgen des angestiegenen THC-Gehaltes der heute gehandelten Pflanzenvarianten.

Diskussion

Die vorliegende Studie ist ein Abbild der in der Schweiz vorhandenen Divergenzen und Konvergenzen zwischen den Kantonen. Bereits die quantitativen Daten zeigen erhebliche kantonale Unterschiede beim Cannabiskonsum und bei den Verzeigungsraten für Cannabisdelikte. Die Reaktionen von Polizei und Justiz variieren ebenfalls: So zeigen sich die waadtländischen Polizeikräfte sehr aktiv bei der strafrechtlichen Verzeigung von Cannabiskonsumierenden, während die Ordnungskräfte des Kantons St. Gallen eher zu Ordnungsstrafen (Bussen etc.) greifen, um Cannabisdelikte zu ahnden. Die Waadtländer scheinen sich auch mehr für die Hersteller der Cannabisprodukte zu interessieren, während sich die St. Galler Rechtskräfte scheinbar mehr um die Kontrolle des Hanfhandels kümmern.

Die kantonalen Unterschiede bei der rechtlichen Herangehensweise an die Cannabisproblematik treten eher in den Hintergrund, wenn man sich die Aussagen der Fachleute aus dem Sozial-, Gesundheits- und Schulbereich anhört. Hier konvergieren die Beobachtungen insofern, als cannabisbezogene Probleme – vergleichbar den Alkoholproblemen – vor folgendem Hintergrund gesehen werden: Einerseits existieren eine hohe Verfügbarkeit der Substanz, eine breite soziale Akzeptanz des Cannabiskonsums und eine Majorität von kontrolliert Konsumierenden, andererseits ist aber auch das Vorhandensein negativer Wirkungen durch bestimmte Konsummuster (Unfälle, Beeinträchtigungen des Lungensystems etc.) oder bei bestimmten prädisponierten Gruppen (z.B. psychisch Gefährdete und Erkrankte) zu konstatieren. Ein intensiver Cannabiskonsum findet sich besonders oft bei Jugendlichen in bereits schwierigen psychosozialen Situationen und verschlimmert diese noch. Die in den Panels oft getätigte Gleichsetzung von Cannabis mit Alkohol ist auch umso überzeugender als diese beiden Substanzen immer früher im Leben junger Menschen konsumiert werden.

Die Antworten der Fachleute auf die Cannabisproblematik sind insofern nicht sehr neu als die Problemlösungen bereits bei anderen Substanzen bestehen oder grundsätzlich bei allgemeinen Jugendproblemen angewendet worden sind. Ein deutlicher Akzent wird dabei jedoch auf eine stärkere Früherkennung und rechtzeitige Behandlung der Problemjugendlichen gelegt.

Es existieren einige Interventionsmassnahmen im Bereich der Behandlung von Cannabisproblemen, bei der Information (Telefonberatung und Broschüren) oder beim Versuch, den Cannabisgebrauch selber zu reduzieren (so genannte «Kifferkurse»). Insgesamt werden diese Angebote aber von den wirklich betroffenen Jugendlichen noch nicht richtig angenommen. Ausserdem sind diese Problemlösungsversuche oft vor dem Nichteintreten des Parlaments auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes entwickelt worden und die Frage bleibt offen, ob und wie diese Massnahmen den Rückgang des öffentlichen Interesses an der Cannabisthematik überstehen werden.

Abschliessend ist festzuhalten, dass der hauptsächliche Wunsch der Panelteilnehmenden darin besteht, hinsichtlich des Cannabis eine klare und eindeutige gesetzliche und politische Lage vorzufinden. Die gegenwärtige Situation eines Konsumverbotes bei gleichzeitiger Existenz eines riesigen Cannabismarktes wird als ungünstig für die Entwicklung kohärenter und wirksamer Interventionen und Lösungen bei Cannabisproblemen gesehen.

Summary

Cannabis consumption and cannabis-related problems: Observations and interventions from the perspective of specialists working in the police and justice services, health and social services, schools and vocational training.

*The results from questions put to panels of specialists.**

A series of questions put to a panel of specialists in four Swiss cantons (St. Gallen, Zurich, Tessin and Waadt) drawn from the fields of the justice and police services on the one hand and from health, social and educational services on the other, reveals the disparity which exists between the current Swiss law on narcotic substances and the reality faced by the workforces of the professions confronted with the problems caused by cannabis use. This disparity between the law and the reality makes it more difficult to develop a coherent approach to the problems associated with cannabis use

* Translation of an article from the "Dependence" magazine, issue 27, pp. 18-21, December 05

Résumé

La consommation de cannabis et les problèmes qu'elle pose: observations et interventions du point de vue des professionnel-les de la police, de la justice, de la santé, des services sociaux, de l'école et de la formation

*Résultats d'enquêtes auprès de groupes.**

Une enquête réalisée dans quatre cantons (St-Gall, Zurich, Tessin et Vaud) auprès de professionnel-les des secteurs de la justice et de la police d'une part, et de ceux de la santé, du social et de l'éducation d'autre part met en évidence une divergence entre la loi fédérale sur les stupéfiants en vigueur et la réalité des professionnel-les confrontés aux problèmes posés par le cannabis. Le hiatus entre la loi et la réalité fait qu'il est difficile d'aborder de manière cohérente les problèmes liés au cannabis.

* Traduction d'un article paru dans la Revue «Dépendances», no 27, pp. 18-21, décembre 05

Literaturverzeichnis

Arseneault L., Cannon M., Poulton R., Murray R., Caspi A., Moffitt T.E. Cannabis use in adolescence and risk for adult psychosis: longitudinal prospective study. *Br Med J* 2002;325:1212-3.

Cannabis 2002 Report: Technical Report of the International Scientific Conference, Brussels, Belgium, 25/2/2002. Brussels: Ministry of Public Health of Belgium; 2002.

Eidgenössische Kommission für Drogenfragen, editor. Cannabisbericht. Bern: Bundesamt für Gesundheit (BAG); 1999.

Inserm : Cannabis: quels effets sur le comportement et la santé? Paris; 2001.

King L. An overview of cannabis potency in Europe. Lisbon: EMCDDA; 2004. (EMCDDA insights).

MacLeod J., Oakes R., Copello A., Crome I., Egger M., Hickman M., Oppenkowski T., Stokes-Lampard H., Davey Smith G. Psychological and social sequelae of cannabis and other illicit drug use by young people: a systematic review of longitudinal, general population studies. *The Lancet* 2004;363:1579-88.

Müller R., Bacher E., Fahrenkrug H., Gmel G., Graf M., Messerli J., Meyer M., Schmid H., Siedler J. Cannabis: état des lieux en Suisse. Lausanne: ISPA; 2004.

Narring F, Tschumper A, Inderwildi Bonivento L, Jeannin A, Addor V, Bütikofer A, Suris JC, Direrens C, Alsaker F, Michaud PA. Gesundheit und Lebensstil 16- bis 20-Jähriger in der Schweiz (2002). SMASH 2002 : Swiss multicenter adolescent survey on health 2002. Lausanne : Institut universitaire de médecine sociale et préventive; 2004. Available at URL: <http://www.iumsp.ch/>.

Neuenschwander M., Frick U., Gmel G., Rehm J. Cannabiskonsum in der Schweiz: Prävalenz und Determinanten für Risikokonsum. *Suchttherapie* 2005;(6):126- 32.

Observatoire des Drogues et des Toxicomanies (OEDT). OEDT, editor. Rapport annuel 2004: état du phénomène de la drogue dans l'Union européenne et en Norvège. Luxembourg: Office des publications officielles des Communautés Européennes; 2004.

Office fédéral de la statistique (OFS). Enquête Suisse sur la Santé 2002: premiers résultats. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique. (OFS); 2003.

Rey J.M., Tennant C.C. Cannabis and mental health. Br Med J 2002;325:1183-4.

Roques B. La dangerosité des drogues: rapport au secrétariat d'Etat à la santé. Paris: O. Jacob; 1999.

Schmid H., Graf M., Jordan M.D., Kuntsche E.N., Kuendig H., Bacher E., Messerli J. Evolution de la consommation de substances psychotropes chez les écolières et les écoliers en Suisse: quelques résultats d'une enquête réalisée sous l'égide de l'Organisation mondiale de la santé (OMS), avec le soutien financier de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) et des cantons. Lausanne: ISPA; 2003.

Schweizerische Betäubungsmittelstatistik: 1996-2004. Bern: Bundesamt für Polizei (BAP); 2004.

Zammit S., Allebeck P., Andreasson S., Lundberg I., Lewis G. Self reported cannabis use as a risk factor for schizophrenia in Swedish conscripts in 1969; historical cohort study. Br Med J 2002;325:1199-201.

Korrespondenzadresse:

Frank Zobel, Institut universitaire de médecine sociale et préventive (IUMSP), Unité d'évaluation de programmes de prévention (UEPP), 17, rue du Bugnon, 1005 Lausanne
E-Mail: Frank.Zobel@chuv.ch